critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch–Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 30 / 2023



Neue Arbeit, alte Kämpfe

Warum wir uns noch immer selbst befreien müssen S. 2-3

Kampf für TVStud
Ein Tarifvertrag
für studentische Beschäftigte
S. 4-5

Solidarisch fürs Klima!
Vorbilder für den
weiteren Kampf
S. 9

Dall-E und Co.
Bildgenerierende KI
als Werkzeug des Kapitals
S. 18-19

*Liebe*r Leser*in,*

In unserer dreißigsten Ausgabe widmen wir uns den Arbeitskämpfen der Zukunft und betrachten den Einzug von KI in die Arbeitswelt und die Universitäten. Die neue Technologie stellt einen radikalen Bruch dar und verändert gegenwärtig unsere Produktions- und Lebensverhältnisse in weitreichendem Ausmaß.
Doch trotz neuer Arbeitsbedingungen toben die alten Arbeitskämpfe: Wir berichten vom Treffen der Initiative für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in Göttingen. Wir blicken zurück auf historische Arbeitskämpfe weltweit sowie auf die aktuellen, kämpferischen Streiks in Frankreich. Die Zusammenarbeit der Klimabewegung mit Beschäftigten und Gewerkschaften um den Tarifvertrag Nahverkehr zeigt, wie gemeinsame Kämpfe Druck auf die Straße bringen.
In 15 Jahren critica haben wir nun 30 Ausgaben an die Hochschulen gebracht. Jede Ausgabe beinhaltet eine thematische Vielfalt. Unsere sozialistische Perspektive haben wir dabei nie aufgegeben. Auf viele weitere Jahre! Eine erhellende Lektüre wünscht

das critica-Redaktionskollektiv



Folgt uns auf Instagram & Twitter: @critica_zeitung

www.critica-zeitung.de

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 30/2023, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion: Konstantin Barth, Tjark Delfs, Joschka Fuchs, Mara Luise Günzel, Lucie Hammer, Maximilian Kisters, Lea Klingberg, Paula Kloos, Ronja Kunz, Ari Alba Marquez, Moritz Menzel, Suzanna Pfister, Emma Rotermund, Michael Sappir, Mara Schaffer, Lena-Johanna Schmidt, Fiona Schwindt, Silvie Strauß, Rebecca Winther, Shirin Zehe, Karla Zierold
Layout: Pia Chwalczyk
Illustrationen: Pia Chwalczyk
Cover: Pia Chwalczyk
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg
ViSdP: Joscha Bär, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen: critica@linke-sds.org
www.linke-sds.org
ISSN 2751-9902

Die Arbeit, die vor uns liegt

Neue Technologien erzeugen immer wieder die Vision einer Zukunft ohne Arbeit. Doch bis dahin gibt es noch einiges zu tun.



Die neue Welle an Anwendungen sogenannter »künstlicher Intelligenz« (KI) wie etwa *ChatGPT* oder *Dall-E* wird von einigen als Vorbote einer Welt verstanden, in der die Maschinen den Menschen die Arbeit abnehmen.
So schön das eines Tages vielleicht werden könnte, wird die Automatisierung von anderen als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen: Wer bisher seinen Lebensunterhalt durch das Texteschreiben oder Bildermalen bestritten hat, kann sich nicht gleich an einer Welt der Freizeit erfreuen, wenn nun ein Algorithmus die Arbeitsaufträge übernimmt.

Was die Welt am Laufen hält

Dass wirklich *alle* Arbeit von Maschinen übernommen wird, ist weder kurz- noch langfristig zu erwarten. Da die Vermehrung von Kapital das oberste Ziel im Kapitalismus ist, wird erst automatisiert, wenn das günstiger ist als Menschen auszubeuten. Das ist nur selten der Fall. Doch von der Produktion allein kann keine Gesellschaft leben: Die Reproduktion der Gesellschaft und der Menschen ist auch eine Menge Arbeit. Damit eine Gesellschaft ihren Geschäften nachgehen kann, sind Sorgearbeit – wie Kinderbetreuung oder Pflege –, aber auch Bildung und medizinische Versorgung nötig.
Wir alle sind auf diese Arbeiten angewiesen – die Lohnabhängigen, die sie verrichten müssen, gleich doppelt. Sie sind schwer zu automatisieren: Kein Mensch will seine Kleinkinder in einem Robo-Kindergarten deponieren oder sich wegen des anhaltenden Schmerzes im Bauch ausschließlich von medizinischen Algorithmen beraten lassen.
Außerdem werden die meisten Jobs der Sorgearbeit so schlecht bezahlt, dass es sich kaum lohnen wird, hochkomplexe Maschinen zu bauen, um diese Jobs zu ersetzen. Ein Großteil der Sorgearbeit wird zudem immer noch außerhalb der entlohnten Arbeit erledigt, vor allem die Tätigkeiten, die traditionell Frauen zugeschrieben und mehrheitlich von ihnen ausgeübt werden.

Wer repariert die Welt?

Auch über diese Formen der Arbeit hinaus kann uns vieles nicht vom technologischen Fortschritt abgenommen werden.
Wer zurzeit eine Bachelorarbeit schreibt, durfte allein in der Regelstudienzeit eine Reihe an Katastrophen im globalen Ausmaß erleben, die an der Schieflage dieser Welt keinen Zweifel lassen. Erdbeben, die in Westasien Zehntausenden das Leben kosten und Millionen wohnungslos machen, während die Hilfe sich verzögert und wohlhabende Länder die Aufnahme von Geflüchteten erschweren. Ein Krieg, der in Osteuropa eskaliert, weitere Millionen in die Flucht treibt, und stets droht, zum Atom- und Weltkrieg zu werden. Eine Flutkatastrophe im Herzen Europas, die deutlich macht, dass kein Land von den Folgen der Klimakrise verschont bleibt. Und nicht zuletzt eine Pandemie, die weltweit Millionen

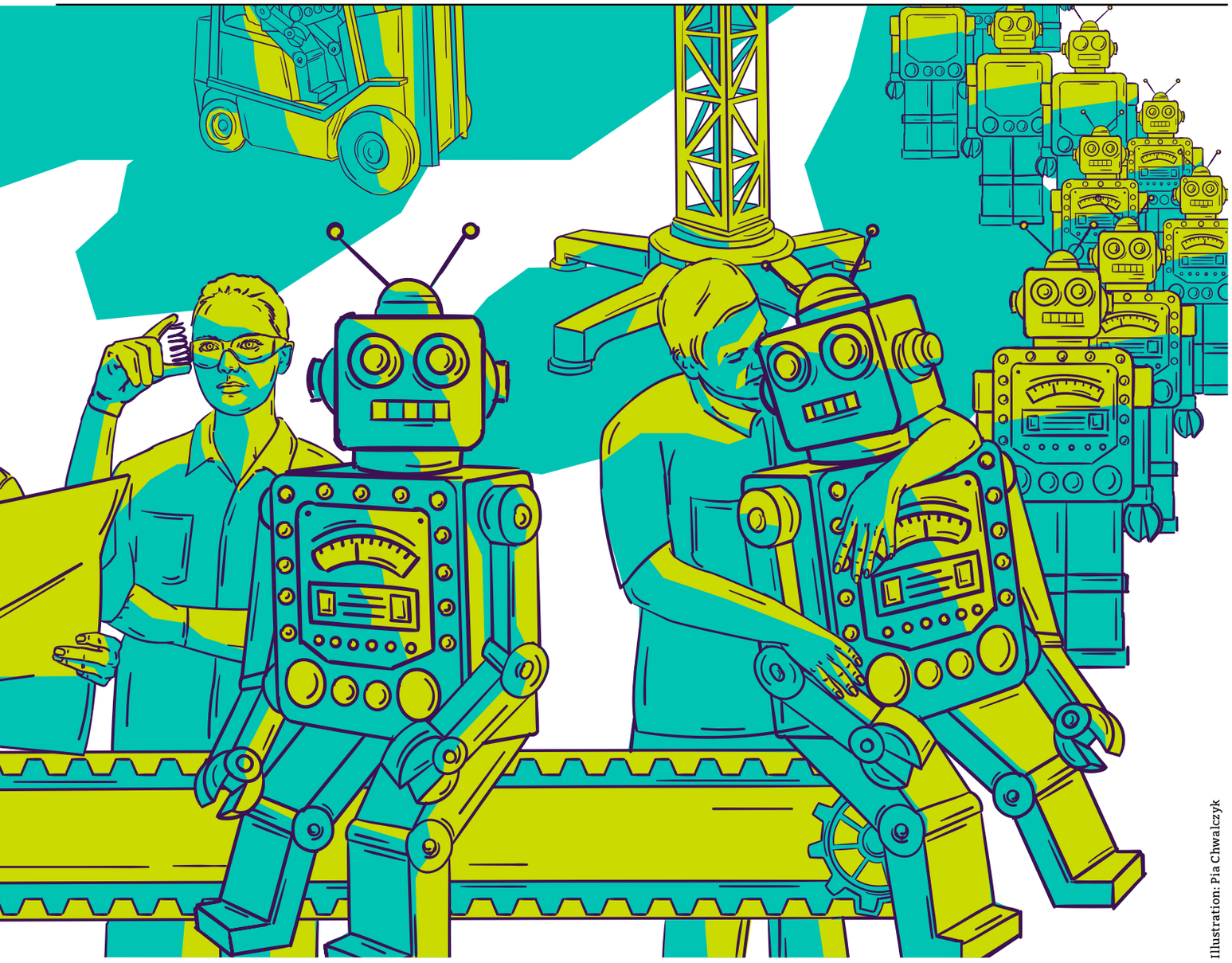


Illustration: Pia Chwalczyk

umbringt und unzählige Menschen mit Langzeitfolgen hinterlässt, während Konzerne durch hohe Preise den Zugang zu Impfstoffen begrenzen und Rekordgewinne verzeichnen.
Um diesen katastrophalen Zuständen ein Ende zu setzen, bedarf es Lösungen, die wir nicht aus der profitorientierten Wirtschaft erwarten dürfen. Lösungen, die an der Wurzel des Problems ansetzen, sind leider wenig profitabel.
Das ist, wenn man so will, die schlechte Nachricht: Die unentbehrliche Arbeit, die Welt zu reparieren und die Menschheit zu befreien, liegt nach wie vor an uns, KI hin oder her. Die gute Nachricht: Von der Menschheit gemachte Probleme *können* wir Menschen auch lösen. Wie es die Science-Fiction-Autorin Ursula Le Guin formulierte: »Wir leben im Kapitalismus. Es scheint, als könne man seiner Macht nicht entkommen. So schien es auch mit dem gottgegebenen Recht der Könige. Doch jede Form menschlicher Macht kann von menschlichen Wesen angefochten und verändert werden.«

»Die unentbehrliche Arbeit, die Welt zu reparieren und die Menschheit zu befreien, liegt nach wie vor an uns, KI hin oder her.«

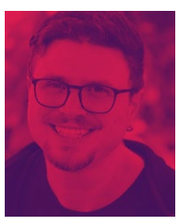
Viele Menschen ahnen: Nur eine profitable Erfindung steht zwischen ihnen und dem Elend der Arbeitslosigkeit. Das macht deutlich, wie machtlos Menschen in der Lohnarbeit dastehen, wie schutzlos sie der Macht der Ausbeuter ausgeliefert sind.

Doch ganz hilflos ist man nicht, wenn man sich zusammentut. Diese Tatsache liegt dem Kampf um eine bessere Zukunft zugrunde. Und es tut sich etwas: Letztes Jahr hat die Krankenhausbewegung in NRW eine dringend notwendige Entlastung erkämpft. Dieses Jahr werden Verhandlungen bei der Post und im öffentlichen Dienst von großen Streiks begleitet. Immer mehr Arbeitende schließen sich den Gewerkschaften an. Im Bereich Nahverkehr zeigt die Zusammenarbeit zwischen Belegschaft und Klimabewegung, dass sich nicht nur Beschäftigte an den Kämpfen beteiligen können (siehe Seite 9). Und Studierende schließen sich zudem in der laufenden TVStud-Kampagne zusammen und kämpfen für Mitbestimmung (dazu Seite 4).

Machtlose aller Länder, vereinigt euch!

Es gilt sich in Erinnerung zu rufen: Wer sich in Lohnarbeit befindet, ist da, weil die Chefs ebenso etwas davon haben – die Abhängigkeit in Arbeitsbeziehungen beruht auf Gegenseitigkeit, wenn auch nicht symmetrisch. Insofern sind die Machtlosen mächtiger als es scheint: Eine Arbeiterin, die mehr Lohn fordert, oder bessere Bedingungen, kann entlassen und ersetzt werden. Aber eine Belegschaft, die gemeinsam mehr fordert und bereit ist, ihre Arbeit niederzulegen, lässt sich nicht so einfach aus dem Weg räumen. Ebenso, wenn Mieter*innen zusammen für ihr Zuhause kämpfen oder Studierende und Schüler*innen für ihre Rechte einstehen. Gerade jetzt gibt es viel zu tun – und die Rettung kommt nicht von selbst, wir müssen sie uns erkämpfen! ★

Michael Sappir studiert Philosophie und leitet die critica-Redaktion. Er mag Science-Fiction als nachdenkliche Unterhaltung, nicht aber als falsches Marketing-Versprechen.



Mit Streikweste im Hörsaal

Göttingen. Aus allen Ecken der Republik strömten im Februar Studierende nach Niedersachsen, um ein Wochenende lang für ein gemeinsames Ziel zu kämpfen – einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (kurz TVStud).



Die aktuelle Krisenlage trifft Studierende mit voller Wucht, eine Bevölkerungsgruppe, die zu 38 Prozent (!) armutsgefährdet ist. Mieten und Mietnebenkosten, Lebensmittelpreise und Preise von Gebrauchsgütern steigen rasant und führen auch (und insbesondere) bei Studierenden zu einem starken Reallohnverlust. Das ließe sich ausgleichen mit höheren Löhnen, mit breiterem Zugang zum BAföG und weiteren Stärkungen des Sozialstaats. Die Ampel-Regierung speist Studierende stattdessen mit Einmalzahlungen ab, die Monate auf sich warten lassen und sofort nach der Auszahlung wie Tropfen auf dem heißen Stein verpuffen. Höchste Zeit, dass sich gegen diese aggressive Umverteilung von unten nach oben Protest regt.

Der Tarifvertrag als Chance

In Deutschland muss die Mehrheit der Studierenden neben dem Studium arbeiten gehen. Viele finden einen Job als studentische oder wissenschaftliche Hilfskraft oder als Tutor*in an der eigenen Hochschule. Trotz der für die Hochschulen systemrelevanten Arbeit, die viele Studierende dort verrichten, werden sie kaum wertgeschätzt. Sie erhalten einen Hungerlohn, der kaum über dem gesetzlich geregelten Mindestlohn liegt, müssen zu katastrophalen Arbeitsbedingungen schuften und haben keinerlei Mitspracherecht am Arbeitsplatz.

Das Mittel der Wahl, um das zu ändern, ist ein Tarifvertrag, der bundesweit für einheitliche Regelungen der Arbeitsverhältnisse von studentischen Beschäftigten sorgen soll. Die Bemühungen um diesen Tarifvertrag (den sogenannten TVStud) sind ein von langer Hand geplantes politisches Projekt. Bereits 2021 forderte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) während der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder einen bundesweiten TVStud. Zur Hochphase der Pandemie und der Lockdowns fehlte jedoch der nötige politische Druck, um die Forderung durchzusetzen. Für die bevorstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst sehen die Machtverhältnisse anders aus. Zehn der 16 Landesregierungen haben sich bereits für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten ausgesprochen, sechs Länder wollen diese sogar tariflich sichern.

Dass ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte eine wirksame Maßnahme gegen die zunehmende Prekarisierung der Lebensumstände von studentischen Arbeitnehmer*innen sein kann, zeigt sich am Beispiel Berlins. Dort gibt es den TVStud bereits seit vielen Jahren, mittlerweile in der dritten Ausführung. Das Ergebnis: Die Löhne im Bundesland Berlin liegen über dem bundesweiten Durchschnitt und deutlich über dem Mindestlohn. Außerdem liegt die Mindestvertragslaufzeit von studentischen Beschäftigten in Berlin im Mittel bei über 14 Monaten; bundesweit sind es lediglich 6,1 Monate. Auch gibt es flächendeckende Mitbestimmung für die studentischen Beschäftigten, zum Beispiel in Form von Personalräten.

Gewöhnung an die Prekarisierung

Obwohl mit dem TVStud in Berlin ein erfolgreiches Pilotprojekt besteht, kam es bislang nie zu einem bundesweiten Tarifabschluss. Dies steht auch im Zusammenhang mit der fortschreitenden Neoliberalisierung der Hochschulen. Längst ist aus den Institutionen, die einmal die klügsten Köpfe in Wissenschaft und Forschung hervorbrachten, eine regelrechte Fachkräftefabrik geworden. Diese soll die Studierenden möglichst schnell und schmerzfrei in die vom Kapitalismus verunstaltete Arbeitswelt überführen. Versteht man die Hochschule als *Schnupperstunde* für den beruflichen Alltag nach dem Abschluss, ist es kaum mehr verwunderlich, dass studentische Beschäftigte derart prekär leben und arbeiten müssen. Es handelt sich um einen bewussten Gewöhnungsprozess.

Anders als weite Teile der arbeitenden Bevölkerung haben es studentische Beschäftigte besonders schwer, sich gegen diese Umstände zu wehren. Nur ein kleiner Teil der Studierenden ist gewerkschaftlich organisiert und flächendeckende Streiks, die die benötigte Durchschlagskraft entfalten könnten, blieben in der Vergangenheit aus. Da die Arbeitsverträge von studentischen Beschäftigten im Durchschnitt nur ein halbes Jahr gültig sind, gibt es einen hohen Durchlauf an Arbeitskräften in einem kurzen Zeitraum. Natürlich hat keine Hochschule ein ernsthaftes Interesse daran, einmal pro Semester die komplette studentische Belegschaft auszutauschen und neu einzuarbeiten. Deswegen werden meist die zuvor beschäftigten Studierenden noch einmal angestellt. Das führt dazu, dass der überwiegende Teil der studentischen Beschäftigten dieselbe Stelle immer wieder besetzt – oft nicht nur zwei-, sondern drei- oder vierfach.

Diese *Kettenbefristung* stellt für den



Foto: ©Kay Herschelmann

Arbeitskampf an der Hochschule eine zentrale Herausforderung dar, denn sie weckt bei vielen Beschäftigten die Angst, die eigene Streikbereitschaft könnte womöglich die Aussicht auf eine Weiterbeschäftigung im nächsten Semester gefährden. Auch ist die Beschäftigung der studentischen Hilfskräfte an den Hochschulen meist dezentral organisiert. Viele von ihnen kennen nur eine Handvoll ihrer Kolleg*innen. Das erschwert die systematische Erschließung neuer Arbeitsbereiche für eine studentische Organisierung ungemein. Ohne eine große Mehrheit der Beschäftigten mit einzubeziehen, kann es keinen wirkungsvollen Streik geben.

Der Protest regt sich

Um den TVStud trotz dieser Hürden auch in den anderen Bundesländern zu etablieren, bedarf es einer ausgefeilten Strategie, die die typischen Fallstricke von studentischer Organisierung umgeht – kurze Verträge, Isolation am Arbeitsplatz, die Machtverhältnisse an Hochschulen. Wir müssen schnell und schlagkräftig sein, wenn wir die einmalige Chance auf einen Tarifabschluss in diesem Jahr nutzen wollen, denn es ist unwahrscheinlich, dass sich noch einmal ein ähnliches Möglichkeitsfenster auftut.

*»Der TVStud kann eine wirksame Maßnahme gegen die zunehmende Prekarisieung der Lebensumstände von studentischen Arbeitnehmer*innen sein.«*

Auf der Konferenz in Göttingen wurden wichtige Überlegungen getätigt, wie es zu einem Tarifabschluss kommen kann und ein Schlachtplan für das kommende Sommersemester entwickelt. Die erste große Hürde ist die Aufnahme des TVStud in den Forderungskatalog für die bevorstehende Tarifrunde des öffentlichen Dienstes der Länder. Um das zu erreichen, müssen wir uns Gehör verschaffen und politischen Druck aufbauen. Dafür müssen sich so viele studentische Beschäftigte wie möglich zusammenschließen, in die Gewerkschaften eintreten und dort gemeinsam dafür streiten, dass unsere Anliegen ernst genommen werden. Hier zählt jede*r Einzelne! Nur, wenn unsere Forderungen von einer breiten Basis getragen werden, können wir in diesem Jahr einen TVStud erkämpfen.

Um den politischen Druck messbar zu machen, führen wir im gesamten Sommersemester Gespräche mit studentischen Beschäftigten und tragen ihre Forderungen in Gesprächsprotokollen zusammen. Die Protokolle können wir dann an die Entscheidungsträger*innen übergeben und so zeigen, wie viele wir sind. Ob wir danach gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Oktober auf die Straße gehen, hängt davon ab, wie viele Gespräche wir führen und wie groß der dadurch aufgebaute politische Druck ist. Wir stehen vor einer einmaligen Chance, die Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten im gesamten Bundesgebiet zu verbessern und ein starkes Zeichen gegen die kapitalistische Logik an den Hochschulen zu setzen. Der Startschuss dafür wurde in Göttingen gegeben. Jetzt liegt es an uns, den TVStud zu erkämpfen! ★



Moritz Menzel studiert und arbeitet in Bonn. Er spielt in einer Membranophon-Band, die Arbeiter*innenlieder zum Besten gibt.

Studentische Beschäftigte

... sind Studierende, die als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte, oder als Tutor*in an den Hochschulen angestellt sind. Obwohl sie zentrale Rollen in Forschung, Lehre und Verwaltung übernehmen, sind ihre Arbeitsbedingungen häufig prekär. Genaue Erhebungen, wie viele studentische Beschäftige an den Hochschulen arbeiten, gibt es nicht. Schätzungen zufolge sind es bundesweit bis zu 400.000!

Das Streikrecht

... gilt auch für studentische Beschäftigte. Rufen uns die Gewerkschaften zum Streik auf, ist es unser Recht, die Arbeit niederzulegen und zu streiken. Kein Arbeitgeber darf deinen Vertrag kündigen, weil du am Streik teilnimmst. Für einen Streiktag bekommst du als Gewerkschaftsmitglied eine Kompensationszahlung, das sogenannte Streikgeld.

Zur bundesweiten TVStud-Initative:



ChatGPT und der Untergang des Kapitalismus

Karl Marx schrieb im *Maschinenfragment* über die Verdrängung menschlicher Arbeit durch Maschinen. Im Licht der KI-Entwicklungen der letzten Jahre scheinen seine Überlegungen aktueller denn je.

Das Ende des Kapitalismus gestaltet sich folgendermaßen: Er wird mit der proletarischen Revolution begraben. Dieser Gedanke dürfte allen, die sich schon einmal mit Kapitalismuskritik und Marx auseinandergesetzt haben, bekannt vorkommen. Denn hierbei handelt es sich um die klassische marxistische Argumentation, die sich auch etwa im *Manifest der kommunistischen Partei* findet.

Im *Maschinenfragment*, einem Text aus *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, der Vorarbeit zum *Kapital*, beschreibt Marx eine weitere Möglichkeit, wie das Gesellschaftssystem zu Grunde gehen kann: Durch immer besser werdende Maschinen zerstört sich der Kapitalismus zunehmend von innen heraus. Nimmt man diese Überlegung als Ausgangspunkt, lassen sich einige Schlüsse über die Auswirkungen von KI auf unsere Produktionsweise ziehen. Das taten Nick Dyer-Witheford, Atle Mikkola Kjøsen und James Steinhoff 2019 in ihrem Buch *Inhuman Power* ausführlich. Derzeitige Entwicklungen fordern jedoch eine Aktualisierung ihrer Thesen.

Die Maschine als Subjekt

Der zentrale Punkt im Maschinenfragment ist, dass Arbeiter*innen und Maschinen ihre Rolle im Produktionsprozess tauschen. Letztere stellen nun den Mittelpunkt, das Subjekt, dar. Soll heißen: Die Arbeit, die nötig ist, um ein Produkt herzustellen, wird hauptsächlich von Maschinen ausgeführt. Probleme resultieren nun aus folgendem Grundsatz der marxistischen Theorie: Nur menschliche Arbeit schafft Wert. Warum das so ist, ist eine komplexe Frage, deren Beantwortung man sich aus verschiedenen Richtungen nähern kann. Für das Verständnis des Maschinenfragments macht *Inhuman Power* den folgenden Aspekt stark: Der Kapitalismus kann nur funktionieren, wenn die Klasse der Arbeiter*innen Produkte, die sie selbst produziert hat, von dem Lohn kauft, den die Kapitalist*innen ihnen zahlen. Stehen in einer Fabrik nur noch Maschinen, die alles allein produzieren und keine Menschen mehr, gibt es zwar niemanden, dem die Kapitalist*innen Lohn zahlen müssen – aber auch niemanden, der einen Lohn erhält, um die Produkte kaufen zu können. Der Kapitalkreislauf wird damit durchbrochen, das System fällt in sich zusammen.

»Es muss eine Menge an wissenschaftlicher Arbeit von sehr vielen Menschen geleistet werden, bevor eine Maschine gebaut werden kann.«

Marx drückt das folgendermaßen aus: Weil keine menschliche Arbeit mehr im Produkt vorhanden ist, schwindet der Wert der Waren. Bevor es jedoch so weit kommen kann, müssen die Produktionsmittel eine »Metamorphose« durchlaufen, an deren Ende ein »automatisches System der Maschinerie« steht. Zentral ist hierfür die Entwicklung des *general intellect*. Kurz gesagt handelt es sich dabei um allgemein zugängliches, gesellschaftlich erarbeitetes

ANZEIGE



Christopher Schmidt
Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft
Transformationspfade in eine andere Gesellschaft
2023 – 182 Seiten – ca. 25,00 €
ISBN 978-3-89691-088-2

Jule Ehms
Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis
Die Betriebsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschlands von 1918 bis 1933
2023 – 372 Seiten – 40,00 €
ISBN 978-3-89691-077-6
Für Bibliotheken als Ebook-Campuslizenz:
ISBN 978-3-98634-136-7

Slave Cubela
Wortergreifung, Worterstarrung, Wortverlust
Industrielle Leidarbeit und die Geschichte der modernen Arbeiterklassen
2023 – 424 Seiten – 48,00 €
ISBN 978-3-89691-070-7
Für Bibliotheken als Ebook-Campuslizenz:
ISBN 978-3-98634-143-5

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik
Solidarische Praxis in Allianz mit der Natur
Marx' dialektische Praxisphilosophie für das 21. Jahrhundert
2022 – 205 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-081-3
Für Bibliotheken als Ebook-Campuslizenz:
ISBN 978-3-98634-134-3

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
www.dampfboot-verlag.de



Foto: by Pavel Neznanov on Unsplash

Wissen. Marx bezieht dieses wieder auf Maschinen – weil eine Menge an wissenschaftlicher Arbeit von sehr vielen Menschen geleistet werden muss, bevor eine Maschine gebaut werden kann.
Als Marx zwischen 1857 und 1858 diese Zeilen schrieb, befand er sich in der Zeit der (Weiter-)Entwicklung von Dampfmaschine, Eisenbahn oder mechanischem Webstuhl. Vergleicht man das mit der Technik, die man heute in modernen Fabriken findet, wird klar, dass der Anteil menschlicher Arbeit noch einmal radikal zurückging. In vielen Bereichen übernehmen nun hochentwickelte Roboter einen Großteil des Produktionsprozesses. Die Tätigkeit einer Arbeiter*in in einer solchen Fabrik gestaltet sich nun tatsächlich so, dass sie die Maschinen – wie Marx bereits im 19. Jahrhundert schrieb – »überwacht und sie vor Störungen bewahrt«. Im Gegensatz zu seiner Schlussfolgerung hat sich der Kapitalismus bis jetzt nicht selbst erledigt. Trotz enormer Automatisierungsschübe ist menschliche Arbeit noch immer zentral für unsere Produktionsweise.

Neues Level der Automatisierung

Bei KI-Automatisierung handelt es sich nun jedoch, zumindest der Ansicht einiger Expert*innen nach, um ein völlig neues Level, wie auch in *Inhuman Power* beschrieben wird. Maschinen und Roboter beherrschen schon lange die Fabriken, die Arbeit einer Journalistin oder eines Juristen kann heute noch keine KI übernehmen. In den letzten Jahren war deshalb stets klar, dass KI noch weiterentwickelt werden muss, bis kognitive Arbeiten auf einem Level automatisiert werden können, wie es für manuelle bereits möglich ist. Dafür müsste die Technologie zuerst, laut Dyer-Witheforde und Co., als *means of cognition* (deutsch etwa *Wahrnehmungsmittel*) zum Teil der allgemeinen Produktionsbedingungen werden, etwa so wie unsere Transport- oder Kommunikationsmittel. Aufgrund aktueller Durchbrüche, wie ChatGPT, ergibt sich die Notwendigkeit, kritisch zu überprüfen, in welchem Stadium dieser Entwicklung wir uns bereits befinden.

Als Datengrundlage für GPT-3.5, das Modell, welches aktuell noch für das kostenlos zugängliche Chatprogramm verwendet wird, dienen Bücher, Online-Texte und die gesamte Wikipedia. Man könnte auch sagen: Unser *general intellect*. Natürlich hält OpenAI, die Firma hinter der KI, keine Rechte an diesem gesellschaftlich erarbeiteten Wissen inne. Obwohl *ChatGPT* ursprünglich als Open Source und Non-Profit entwickelt wurde, wird die Software mittlerweile von der For-Profit-Firma OpenAI LP kontrolliert. Früher oder später wird sie profitabel für das Kapital; etwa, wenn Microsoft sie zukünftig für seine Bing-Suchmaschine einsetzt. Dafür soll GPT-4 verwendet werden, welches OpenAI Mitte März vorstellte. Dieses neue Modell zeichnet sich vor allem durch verbessertes Abschneiden in verschiedenen akademischen Disziplinen aus und kann nun auch Bild-Input verarbeiten.

Eine explosionsartige Verbreitung von KI

Dass für das Überwachen und Trainieren der Modelle noch immer eine Menge menschlicher Arbeit notwendig ist, ist ein wichtiger Aspekt, der verdeutlicht, dass die KI noch nicht das Subjekt im Produktionsprozess geworden ist (siehe auch Seite 18). Arbeiter*innen durch KI ersetzen zu lassen, ist meist noch nicht möglich oder schlichtweg nicht profitabel. Doch die KI-Modelle werden gerade in rasanter Geschwindigkeit weiterentwickelt – und das nicht nur von OpenAI. Wir befinden uns inmitten einer Phase, in der sie explosionsartig Einzug in die verschiedensten Bereiche unseres Lebens erhalten.

ChatGPT ist bei Weitem nicht fehlerfrei. Jedoch hat das Programm bereits jetzt einen riesigen Nutzen, sei es beim Programmieren, als Hilfe zum Recherchieren oder bei der Bearbeitung der Hausaufgaben. Folgt man *Inhuman Power*, muss KI flächendeckend angewandt werden, um zu *means of cognition* aufzusteigen. Einiges spricht gerade für eine Entwicklung hin zu den großen Verbesserungen der KI, die notwendig sind, um Marx' Prognose Wirklichkeit werden zu lassen.

»KI fungiert als Werkzeug des Kapitals. Damit sie zur Chance für die Emanzipation der Arbeiterklasse wird, müssen wir aktiv für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten kämpfen.«

In einer Produktionsweise, in der die Akkumulation von Kapital nicht an erster Stelle steht, wäre die Verdrängung menschlicher Arbeit nichts Schlechtes, weil so eine Verringerung unserer Arbeitszeit erreicht werden könnte. Dieser Punkt nimmt auch eine eindrückliche Rolle im Maschinenfragment ein: Marx beschreibt, wie sich eine Zukunft gestalten würde, in der der Kapitalismus zusammengebrochen ist, Arbeiter*innen mehr Freizeit haben und ihren Interessen nachgehen können. Die Maschinen haben in dieser postkapitalistischen Welt nämlich noch immer ihren Gebrauchswert – KI, also unser gemeinsam erarbeiteter *general intellect*, könnte dafür eingesetzt werden, uns allen das Leben zu erleichtern.

Profite gehören der Allgemeinheit!

Szenarien, die thematisieren, dass KI Bewusstsein erlangt oder sich gegen die Menschheit richtet, verschleiern die relevanten Diskurse. Was wir brauchen, ist eine materialistische Analyse. Die Technologie fungiert aktuell als Werkzeug des Kapitals. Damit sie zur Chance für die Emanzipation der Arbeiterklasse wird, müssen wir aktiv für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten kämpfen. Wichtig ist, dass die Produktionsmittel demokratisiert und vergesellschaftet werden. Profite gehören, wie unser gesellschaftlich erarbeitetes Wissen, der Allgemeinheit und nicht den Konzernen. Die Profiteure des Systems werden ihren Reichtum nicht kampflos aufgeben. Wir müssen uns noch immer selbst befreien – auch wenn vieles darauf hindeutet, dass sich der Kapitalismus von innen angreift. ★



Lea Klingberg studiert Medienwissenschaft in Bonn und ist seit 2018 im SDS organisiert. Ihre Hausarbeiten schreibt sie nicht mit, sondern über *ChatGPT*.



Foto: by Jp Valery on Unsplash

Löhne rauf, BAföG rauf, Preise runter!

Die hohe Inflation läutet eine neue Periode der Klassenkämpfe ein. Ein Gastbeitrag von Thomas Sablowski.

Die Inflation ist – entgegen früheren Prognosen führender Ökonomen – weiterhin hoch. Die Verbraucherpreise lagen im Februar 2023 nach den Daten des Statistischen Bundesamtes im Durchschnitt 15,2 Prozent höher als im Jahr 2020. Seit der Eskalation des Kriegs in der Ukraine im Februar 2022 sind die Verbraucherpreise in Deutschland im Durchschnitt um 8,7 Prozent gestiegen. Der Anstieg der Inflationsraten begann allerdings bereits im Jahr 2021. Dabei sind die Preise einzelner Warenarten in unterschiedlichem Maße gestiegen. Nahrungsmittel sind seit 2020 im Durchschnitt um 31,5 Prozent teurer geworden, Strom um 39,6 Prozent, der Preis für Erdgas hat sich mehr als verdoppelt. Dadurch werden vor allem Haushalte mit kleinerem Einkommen belastet, da diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Miete, Energie und Nahrungsmittel ausgeben müssen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzte im Juli 2022, dass die Belastung der untersten 10 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen durch die Inflation fast fünfmal so hoch ist wie die Belastung der obersten 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen.

Der Angriff auf die Lohnabhängigen

Die Inflation bedeutet für die meisten Lohnabhängigen eine Prekarisierung des Lebensstandards. Die durch die Gewerkschaften erkämpften Lohnsteigerungen konnten den durch die Inflation entstandenen Kaufkraftverlust bisher nicht vollständig kompensieren. So sind 2022 die Reallöhne in Deutschland um durchschnittlich 4,1 Prozent gesunken. In dem gegenwärtigen Verteilungskampf sind die Unternehmer gegenüber den Lohnabhängigen strukturell im Vorteil, denn sie setzen die Produktionsmengen und Preise fest. Zudem haben sich die Kampfbedingungen für die Gewerkschaften verschlechtert: Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland hat sich seit Anfang der 1990er Jahre halbiert und liegt nur noch bei 5,6 Millionen. Gleichzeitig ist der Anteil der tariflich geregelten Arbeitsverhältnisse auf nur 54 Prozent im Jahr 2021 gesunken. Nicht zuletzt Studierende, welche häufig in Minijobs oder befristeten Arbeitsverhältnissen arbeiten, sind schlecht organisiert und arbeiten meistens ohne tariflichen Schutz.

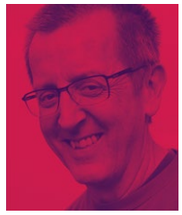
Für Menschen, die auf Transferleistungen wie Renten oder Hartz-IV oder BAföG angewiesen sind, bedeuten die steigenden Lebenshaltungskosten oftmals eine existenzielle Krise. Die Renten werden beispielsweise erst ab Juli 2023 angehoben, und zwar nur um 4,39 Prozent in Westdeutschland und um 5,86 Prozent in Ostdeutschland. Für viele Studierende erhöht sich der Druck, neben dem Studium Zeit für die Lohnarbeit aufzubringen. Schon vor dem Anstieg der Inflationsraten war die staatliche Förderung der Ausbildung und des Studiums unzureichend. Die Zahl der BAföG-Empfänger ist von 979.302 im Jahr 2012 auf 623.003 im Jahr 2021 gesunken. Der durchschnittliche Förderbetrag lag 2021 bei 562 Euro. Davon kann in einer deutschen Universitätsstadt niemand leben.

Kapitalistische Widersprüche und Chancen sozialistischer Politik

Allerdings zählen auch viele Unternehmen zu den Verlierern der Krise. Ihre Fähigkeit, steigende Kosten über die Preise auf Verbraucher*innen abzuwälzen, ist branchenbedingt sehr unterschiedlich. Für den Teil der Unternehmen, welche die Preise konkurrenzbedingt niedrig halten müssen, sinken somit die Profite.

Der Zusammenbruch einer Reihe von Banken offenbart ein weiteres Konfliktfeld der momentanen Situation. Durch die Inflation werden Gläubiger geschädigt und Schuldner begünstigt. Die steigenden Zinsen führen tendenziell zu sinkenden Wertpapierpreisen, so dass die Bankbilanzen dahinschmelzen. Der Druck, in riskantere Anlageformen zu investieren, um der Entwertung des Finanzvermögens entgegenzuwirken, nimmt zu. Das Risiko einer neuen Finanzkrise steigt.

Die Krise beinhaltet auch Chancen für sozialistische Politik. Die Inflation verdeutlicht die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. In dieser Situation wachsender Unordnung können Forderungen nach progressiven Reformen wie Vergesellschaftungen oder einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft Gehör in breiteren Kreisen finden.★



Thomas Sablowski ist Referent für politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



CC BY-ND 2.0: Marco Molitor

Die Macht der Solidarität

Wie geht es nach Lützerath mit dem Klimakampf weiter? Wie kann eine Allianz aus Klimastreik und Arbeitskampf aussehen? Die Kampagne #wirfahrenzusammen oder der Aktionstag von Fridays for Future und ver.di dienen als Vorbild.

Überall begegnen uns die Sticker »Schön hier, aber warst du schonmal in Lützi?«. Seit dem 14. Januar diesen Jahres können das viele Menschen aus der gesamten Republik mit Ja beantworten. An diesem Tag fuhren circa 35.000 Demonstrierende trotz Sturm und Dauerregen nach Lützerath, um das Dorf vor der Zerstörung zu bewahren.

Die Kohle unter dem von Klimaaktivist*innen besetzten Dorf wird laut Gutachten von *Aurora Energy Research* für eine Versorgungssicherheit durch fossile Energien nicht gebraucht. Das war aber sowohl RWE als auch der schwarz-grünen Regierung schlichtweg egal: Lützerath ist trotz jahrelanger Proteste und Wahlversprechen geräumt und abgerissen worden. Wieder einmal siegen am Ende der Staat und Konzerninteressen. Doch wie geht es nun weiter? Das mehrheitliche Vertrauen in die Partei Die Grünen und in die erhoffte klimafreundliche Wende der Politik ist endgültig zerstört und der Glaube, dass Massenbewegungen die Regierenden zum Handeln zwingen, hat sich als naiv herausgestellt. Gleichzeitig zeigt der 14. Januar aber auch, dass die Klimabewegung noch nicht am Ende ist. Sie hat Potential und ist in Teilen bereit, radikaler vorzugehen als bisher.

Radikal, aber wie?

Für uns als Sozialist*innen heißt Radikalität, Machtressourcen effektiv zu gebrauchen, um gegen den fossilen Kapitalismus anzukommen. Wir brauchen gesellschaftliche Mehrheiten, um Veränderung zu erreichen und wir greifen den Kapitalismus am besten dort an, wo es am meisten wehtut: beim Geld. Um gesellschaftliche Mehrheiten zu schaffen, müssen wir die Arbeiter*innen in den Kampf um Klimagerechtigkeit einbinden. Diese sind häufig von den geplanten Klimaschutzmaßnahmen betroffen, wenn Wirtschaftszweige abgebaut oder outgesourct werden. Sollten die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gegen effektiven Klimaschutz ausgespielt werden, verlieren wir große Teile der Gesellschaft für einen gemeinsamen Kampf. Zeigen wir aber, dass wir uns auch gegen Arbeitsplatzverlust und Lohnkürzungen stellen, können wir die Beschäftigten für den gemeinsamen Kampf gewinnen. Darüber hinaus haben Beschäftigte eine ökonomische Macht, die Demonstrierende und Aktivist*innen nicht haben. Sie können in den Streik gehen und somit ökonomischen Schaden anrichten.

Erfolgreiche Verbindung von Schul- und Tarif-Streik

Der 3. März dieses Jahres hat gezeigt wie die Verbindung von Klima- und Arbeitskampf aussehen kann: Die Parole »Streik in der Schule – Streik im Betrieb« wurde am gemeinsamen Aktionstag von ver.di und *Fridays for Future* endlich Realität. In vielen Städten haben Klimaaktivist*innen Beschäftigte an ihren Streikposten besucht. Beschäftigte des Nahverkehrs sind im Gegenzug gemeinsam mit der Klimabewegung für eine Verkehrswende auf die Straße gegangen.

Wenn die Klimakatastrophe noch abgewendet werden soll, brauchen wir dringend eine Verkehrswende: Der Nahverkehr muss flexibel nutzbar, für alle bezahlbar und sowohl sozial als auch klimaverträglich sein. Diese Veränderungen dürfen aber nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen: Nötig sind gleichzeitig höhere Löhne, bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal.

Kampagne #wirfahrenzusammen

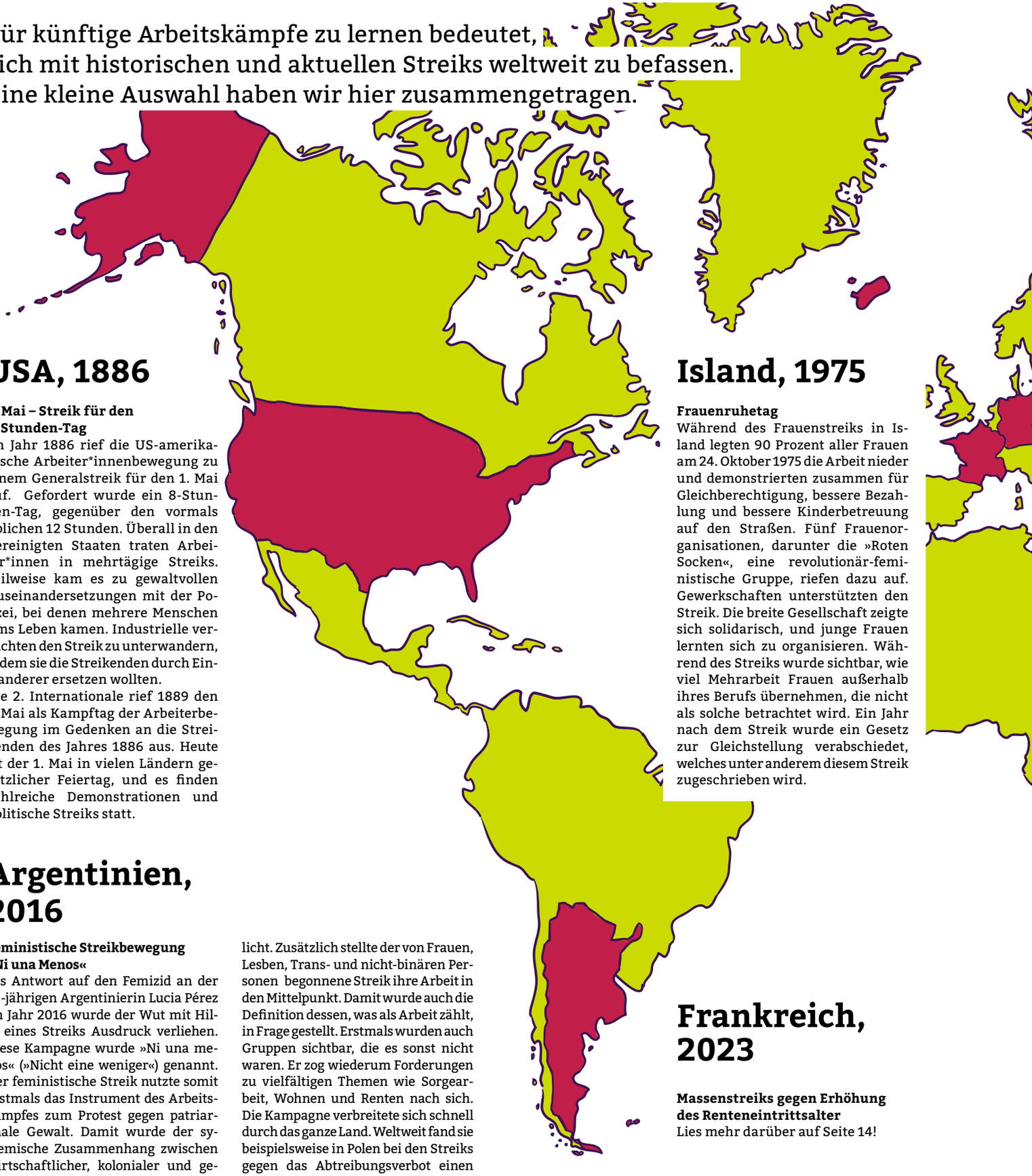
Für eine solche Veränderung setzt sich die Kampagne #wirfahrenzusammen ein. Aktuell befinden sich Bus- und Bahnfahrer*innen des Öffentlichen Dienstes in Tarifverhandlungen um höhere Löhne. Anfang 2024 wird der Tarifvertrag Nahverkehr neu ausgehandelt. Hier gibt es die Möglichkeit, bessere Arbeitsbedingungen für 87.000 Beschäftigte in kommunalen Unternehmen des Nahverkehrs auszuhandeln und gleichzeitig für massive Investitionen zu streiken.
2020 gab es bereits in zahlreichen Städten eine solche Zusammenarbeit zwischen Klimabewegung und Beschäftigten. An diesen Erfolg möchte die aktuelle Kampagne anknüpfen und Allianzen zwischen Klimagerechtigkeitsbewegung und Beschäftigten intensivieren.

Lasst uns die bestehenden Kooperationen zwischen Klimabewegung und Beschäftigten stärken und ausbauen. Lasst uns solidarisch mit den Streikenden sein und sie unterstützen. Lasst uns die Kämpfe verbinden und gemeinsam die nötige Wende vollbringen! ★

Ronja Kunz (25) studiert Biochemie in Köln, **Sarah Niedrich** (27) studiert Erziehungswissenschaft & Ethnologie in Mainz und **Josina Heidel** (22) studiert Politikwissenschaft in Hannover. Neben ihrem Studium sind alle drei beim SDS aktiv. Spätestens seit dem System Change Kongress beschäftigen sie sich genauer mit Ökosozialismus und kämpfen für eine sozialgerechte Verkehrswende.

Bemerkenswerte Streiks

Für künftige Arbeitskämpfe zu lernen bedeutet, sich mit historischen und aktuellen Streiks weltweit zu befassen. Eine kleine Auswahl haben wir hier zusammengetragen.



USA, 1886

1. Mai – Streik für den 8-Stunden-Tag
Im Jahr 1886 rief die US-amerikanische Arbeiter*innenbewegung zu einem Generalstreik für den 1. Mai auf. Gefordert wurde ein 8-Stunden-Tag, gegenüber den vormals üblichen 12 Stunden. Überall in den Vereinigten Staaten traten Arbeiter*innen in mehrtägige Streiks. Teilweise kam es zu gewaltvollen Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Industrielle versuchten den Streik zu unterwandern, indem sie die Streikenden durch Einwanderer ersetzen wollten.
Die 2. Internationale rief 1889 den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung im Gedenken an die Streikenden des Jahres 1886 aus. Heute ist der 1. Mai in vielen Ländern gesetzlicher Feiertag, und es finden zahlreiche Demonstrationen und politische Streiks statt.

Island, 1975

Frauenruhetag
Während des Frauenstreiks in Island legten 90 Prozent aller Frauen am 24. Oktober 1975 die Arbeit nieder und demonstrierten zusammen für Gleichberechtigung, bessere Bezahlung und bessere Kinderbetreuung auf den Straßen. Fünf Frauenorganisationen, darunter die »Roten Socken«, eine revolutionär-feministische Gruppe, riefen dazu auf. Gewerkschaften unterstützten den Streik. Die breite Gesellschaft zeigte sich solidarisch, und junge Frauen lernten sich zu organisieren. Während des Streiks wurde sichtbar, wie viel Mehrarbeit Frauen außerhalb ihres Berufs übernehmen, die nicht als solche betrachtet wird. Ein Jahr nach dem Streik wurde ein Gesetz zur Gleichstellung verabschiedet, welches unter anderem diesem Streik zugeschrieben wird.

Argentinien, 2016

Feministische Streikbewegung »Ni una Menos«
Als Antwort auf den Femizid an der 16-jährigen Argentinierin Lucia Pérez im Jahr 2016 wurde der Wut mit Hilfe eines Streiks Ausdruck verliehen. Diese Kampagne wurde »Ni una menos« (»Nicht eine weniger«) genannt. Der feministische Streik nutzte somit erstmals das Instrument des Arbeitskampfes zum Protest gegen patriarchale Gewalt. Damit wurde der systemische Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher, kolonialer und geschlechtsbezogener Gewalt verdeutlicht. Zusätzlich stellte der von Frauen, Lesben, Trans- und nicht-binären Personen begonnene Streik ihre Arbeit in den Mittelpunkt. Damit wurde auch die Definition dessen, was als Arbeit zählt, in Frage gestellt. Erstmals wurden auch Gruppen sichtbar, die es sonst nicht waren. Er zog wiederum Forderungen zu vielfältigen Themen wie Sorgearbeit, Wohnen und Renten nach sich. Die Kampagne verbreitete sich schnell durch das ganze Land. Weltweit fand sie beispielsweise in Polen bei den Streiks gegen das Abtreibungsverbot einen prominenten europäischen Ableger.

Frankreich, 2023

Massenstreiks gegen Erhöhung des Renteneintrittsalter
Lies mehr darüber auf Seite 14!



Bundesrepublik Deutschland, 1948

Der (vorerst) letzte Generalstreik
1948, nach Ende des Zweiten Weltkriegs, rief der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone zu einem Generalstreik auf. Gefordert wurden Lohnerhöhungen und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Neun Millionen Arbeiter*innen legten dafür ihre Arbeit nieder – bis heute der größte Streik der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Forderungen verpufften allerdings, da es noch keine zentrale Regierung gab. 1952 wurden politische Streiks gesetzlich verboten. Das Gesetz wurde durch den nationalsozialistischen Richter Hans Nipperdey geprägt und vom Bundesarbeitsgericht im selben Jahr für rechtens erklärt. Seitdem darf in Deutschland nur von Gewerkschaften zur Durchsetzung tariflicher Ziele zum Streik aufgerufen werden. Eine tiefe Zäsur – bis heute gab es nie wieder einen politischen, sektorenübergreifenden Streik.

NRW/Berlin, 2021-2023

Krankenhausbewegung
Im Jahr 2021 haben in Berlin 2.000 Beschäftigte der kommunalen Krankenhauskonzerne sechs Wochen lang gestreikt. Von den Angestellten der Charité und Vivantes wurden hierbei verbindliche Vorgaben zur Personalbesetzung und ein Belastungsausgleich bei Unterbesetzung erkämpft. Bei den privaten Krankenhäusern des Betreibers Vivantes gab es aber auch nach dem Abschluss Angestellte, die noch nicht unter den erkämpften Tarifvertrag fielen. Auch 2023 wird in Berliner Kliniken gestreikt.
In Nordrhein-Westfalen haben sich, nach den Erfolgen in den Berliner Häusern, 2022 die Beschäftigten von sechs Universitätskliniken zu einem 77-tägigen Streik zusammengeschlossen. Sie forderten mehr Personal und grundlegend verbesserte Arbeitsbedingungen. Erstreikt wurden unter anderem bessere Personalschlüssel, ein Belastungsausgleich, Entlastungstage bei Unterschreiten der neuen Personalschlüssel für Beschäftigte und mehr Zeit für Auszubildene.

Indien, 2020

Der größte Streik aller Zeiten
2020 riefen in Indien zehn Gewerkschaften gemeinsam zum Generalstreik auf. Forderungen waren gesamtgesellschaftliche Maßnahmen wie konkrete Hilfeleistungen für prekär lebende Bürger*innen, Rente für alle, ein Ende der Privatisierung von öffentlichen Sektoren sowie einige grundlegende Verbesserungen für Bäuer*innen und eine Sicherung der Beschäftigung in ländlichem Gebiet. Der Streik wird als der vermutlich größte Streik aller Zeiten bezeichnet. 250 Millionen Menschen legten fünf Bundesstaaten für 24 Stunden komplett lahm. Eine Umkehrung der Privatisierungspolitik konnte nicht erkämpft werden, aber die unpopulären neoliberalen Agrarreformgesetzte wurden nach über einem Jahr Protest kurz vor den regionalen Wahlen durch die Regierung zurückgezogen.
Zahlreiche Bäuer*innen verloren während der Kämpfe ihr Leben. Dem erbitterten Widerstand gegen die Reformpläne und dem langen Atem der Streikenden ist dieser Etappensieg zu verdanken.

Südafrika, 2012

Streikwelle im Bergbau
Im August 2012 eröffnete die südafrikanische Polizei das Feuer auf 3.000 streikende Arbeiter in der Mine Marikana in der Stadt Rustenburg und tötete 34 von ihnen. Sie streikten für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen. Die Arbeiter hatten sich in einen wilden Streik begeben, nachdem sie sich von der regierungsnahen Bergbaugewerkschaft NUM verraten fühlten. Folglich organisierten sie sich in der Gewerkschaft AMCU. Die Streiks breiteten sich aus: Mindestens 75.000 Menschen streikten im Bergbau, viele weitere Tausende in anderen Sektoren wie der Autoindustrie und dem Transportwesen. Am Ende erkämpften die Beschäftigten der Platine unter anderem eine Lohnerhöhung von 22 Prozent.
Bis heute haben sich die Verhältnisse in Marikana kaum verbessert. Viele der Arbeiter*innen hausen noch immer in einem Slum ohne Strom, fließendes Wasser und Kanalisation. Das Platin aus der Mine in Marikana landet auch in deutschen Autos. Der Chemiekonzern BASF stellt daraus Katalysatoren für VW, Daimler und BMW her.



Cyberfeminismus für das 21. Jahrhundert

Die zweite Frauenbewegung beschäftigte sich intensiv mit dem Zusammenhang von Technologie und Geschlecht. Heutige Debatten über Internet und Plattformen könnten von dieser Sichtweise profitieren.

Wenn ich meine Social Media öffne, ist meine Timeline gefüllt mit feministischen oder queeren Inhalten. Auf Instagram sehe ich Memes, in denen Typen von Mackern aufgezählt werden, auf Twitter scrolle ich durch Clips der letzten Demonstration im Iran, auf TikTok erklärt mir eine Person Endometriose. Wie für die meisten Menschen ist das Smartphone mein fester Alltagsbegleiter. Technikpessimist*innen meinen, wir wären mit unseren Endgeräten verwachsen; zu einer schwer trennbaren Einheit aus Mensch und Maschine geworden – einem Cyborg. Für Cyberfeminist*innen war der Cyborg eine Utopie. Während des Aufkommens des Internets haben Feminist*innen von einer neuen Welt geträumt. Donna Haraway, die Autorin des *Cyborg-Manifests* (1983), beschreibt, dass wir uns und unsere Geschichte immer mehr im Zusammenhang mit Maschinen und Technologie verstehen. Für sie ist der Cyborg ein Wesen in einer geschlechtslosen Welt, in der wir durch die Verschmelzung von Körpern und Technologie unsere Geschlechterzuschreibungen und deren Binarität überwinden können. Mit ihrem Manifest hat Haraway die Grundlage für den Cyberfeminismus und die Frage nach der Interaktion von Geschlecht und Technologie gelegt.

ANZEIGE



Vom Cyberfeminismus zum Netzfeminismus

Vor allem künstlerische Gruppen wie das Kollektiv *VNS Matrix* griffen den Cyberfeminismus auf. Aktuell wird dieser meist als Netzfeminismus bezeichnet. Hier wird das Internet weniger als Studienobjekt und eher als Werkzeug für verschiedene Formen von Aktivismus gesehen. Dieser gestaltet sich etwa als politische Kunst, wie Meme-Seiten, die ein Gefühl des gemeinsamen Kampfes gegen das Patriarchat erzeugen. Besonders Instagram und TikTok werden für niedrigschwellige Aufklärungsarbeit genutzt, bei der grundlegende Konzepte wie *Intersektionalität* erklärt werden.

Social Media wird auch als Informationskanal genutzt. Insbesondere bei der Iranischen Revolution lässt sich kaum von der Hand weisen, dass hier ein wichtiger Beitrag für die Wahrnehmung der Proteste geleistet wurde. Die *#MeToo*-Initiative stellte einen Meilenstein in der Diskussion um sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz dar. Zum ersten Mal wurde durch das Austauschen gemeinsamer Erfahrungen konzentriert über sexualisierte Gewalt im Alltag gesprochen.

Deutlich wird: Das Internet ist ein hochpolitischer, (queer-)feministischer Raum, wird jedoch selten so behandelt. Wie patriarchale Strukturen technische Entwicklungen beeinflussen und in sie hineinentwickelt werden, zeigen Technologien zur Beeinflussung von Schwangerschaften und Verhütung. Diese wurden bereits in der zweiten Welle des Feminismus intensiv auf ihre ethischen Auswirkungen hin untersucht.

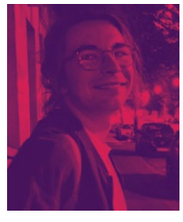
Unterdrückung wird in die Technik eingebaut

Radikalfeministische Gruppen sahen die neuen technologischen Entwicklungen als Eingriff in die Geburt als urweibliche Erfahrung. Liberale Feminist*innen betonten, dass es nur Zugang und Wissen bedürfe, um den Gefahren dieser Entwicklungen zu begegnen. Die feministische Soziologin Judy Wajcman stellte fest, dass gesellschaftliche Systeme wie das Patriarchat oder der Kapitalismus in die Technik hineinkonstruiert werden, weshalb allein der Zugang unseren Umgang mit dieser nicht regeln kann.

Beispielsweise wird Forschung an künstlichen Befruchtungen, Eispenden und Leihmutterschaften finanziell gefördert, weil so *eigene* Kinder gezeugt werden. Dadurch wird das bestehende Modell der monogamen, heterosexuellen Kleinfamilie gefördert und andere Familienmodelle benachteiligt. Die fehlende Gebärfähigkeit heterosexueller Cis-Frauen wird von einem unveränderlichen Zustand zu einem behandelbaren medizinischen Problem, für den sich die betroffene Person rechtfertigen muss, wenn sie ihn nicht behandeln lässt. Diese Ermöglichung erzeugt einen impliziten Zwang für Frauen, wenn diese ihre fehlende Gebärfähigkeit eigentlich nicht behandeln lassen würden.

Hier wird deutlich, dass ohne feministische Interventionen in die Entwicklung und Anwendung der Technik, analoge Unterdrückungsstrukturen in den digitalen und technischen Raum reproduziert werden. Heute fehlt die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Internet und seinen Plattformen als Technologie. Das zeigt sich bei der Gesetzgebung: Die Perspektiven der Personengruppen, die vor allem von den negativen Effekten des Internets betroffen sind, werden nicht beachtet. Meistens sind das Frauen, queere Menschen und *People of Color*. Die schleppende Regulation kann darauf zurückgeführt werden, dass es sich um marginalisierte Personen handelt.

Wir waren also schon einmal weiter – es wird Zeit, das Internet als politischen Raum anzuerkennen und auch so zu behandeln. ★



Mara Luise ist 25, studiert in Leipzig Museumswissenschaften und ist seit 2019 im SDS aktiv. Für die Critica schreibt sie vorallem über Kultur, Feminismus und queere Themen.



Foto: by Michelangelo Buonarroti on Pexels

»Ich sehe etwas und sehe mich darin«

Caren Miesenberger ist Journalistin und gibt Workshops zu feministischen Memes. Ein Interview zum revolutionären Potenzial von **Social Media** und ihren liebsten Memepages.

Was sind Memes?

Memes sind lustige audiovisuelle Inhalte im Internet, etwa Text- oder Videoschnipsel. Sie arbeiten mit Repetition, also mit Wiederholungen popkultureller oder viraler Inhalte. Wenn sie auf bestimmte Momente reagieren, sind sie oft zeitlich gebunden und sehr schnelllebig. Dazu kommt der Punkaspekt: Sie sind nicht perfekt.

Was macht ein gutes Meme aus?

Ein gutes Meme ist aktuell. Es ist nicht überladen, der Text ist knapp oder absichtlich sehr lang. Es ist relatable, es ist nicht zu perfekt und es ist witzig. Das ist das Allerwichtigste.

Wie bist du dazu gekommen, dich mit Memes zu beschäftigen?

Ich bin Journalistin und habe vor ein paar Jahren mehrere Texte geschrieben, für die ich Hasskommentare im Internet bekommen habe. Um mit dem Hass umzugehen, habe ich aus diesen Kommentaren Memes gebastelt und auf meinem Instagram-Account gepostet. Ich habe aus Momenten, in denen ich mich total schlecht gefühlt habe, Momente gemacht, in denen ich darüber lachen konnte.

Warum konsumieren Menschen Memes mit feministischen Inhalten?

Das hat viel mit Zugänglichkeit zu tun. Du kannst mit einem Bild oder Video mit sehr kurzem Text Aussagen total zugespitzt artikulieren. Ein gutes Meme sehe ich und muss lachen. Auch die *Relatability* spielt eine Rolle: Ich sehe etwas und sehe mich darin. Dafür ist ein gewisser Erfahrungshorizont nötig, zum Beispiel, wenn da steht: »Der Macker, wenn er mich mansplaint«. Memes können in ihrer Zugänglichkeit auch Hürden haben, zum Beispiel gibt es meistens keine Bildbeschreibungen für Leute, die nicht sehen können. Auch Ironie ist manchmal schwer verständlich.

Welche Templates, also Vorlagen für Memes, und Memeseiten magst du besonders gern?

Ich würde mich nicht auf bestimmte Templates festlegen. Ich bin ein riesengroßer Fan davon, wenn Leute es schaffen, eine eigene Handschrift zu entwickeln und man sofort sieht, dass es ihr Meme ist. Das finde ich sehr beeindruckend. Im deutschsprachigen Raum bei Instagram auf jeden Fall @sveamaus und @hinterhaltnymphe2, die sind witzig, cool und relevant. Bei TikTok bin ich ein großer Fan von @diehuepsche, auch wenn das keine klassische Memepage ist.

Wie können Memes zu feministischen Kämpfen beitragen?

In meinen Workshops sollen die Teilnehmenden herausfinden, was die Kernessenz dessen ist, was sie gerade wütend über ein gesellschaftliches Verhältnis wie Rassismus oder das Patriarchat macht, und daraus eine Forderung formulieren. Ein Missstand muss so knapp wie möglich benannt werden, damit man ihn auf ein Meme runterbrechen kann. In Memes können gesellschaftliche Probleme dargestellt werden, von denen man vorher nicht wusste, dass sie ein Problem sind. Wenn man dann Posts über, zum Beispiel, *Catcalling* sieht, erkennt man sich darin wieder und kann sich des Problems bewusstwerden.

Können sich durch Memes Gemeinschaften bilden?

Aktuell eher weniger, denn die Architektur von Social-Media-Plattformen steht dem entgegen: Instagram beispielsweise basiert auf Konkurrenzökonomien. Man möchte mit seinem Account eine möglichst hohe Reichweite und haben. Weil Menschen nur eine begrenzte Anzahl von Inhalten sehen und teilen können, konkurrieren die Accounts miteinander. Accounts, die zu ähnlichen Themen posten, vernetzen sich natürlich, aber manche Themen werden auch von den Algorithmen bestraft. Die Instagram-Userin @bundaskanzlerin postet beispielsweise über Transfeindlichkeit und darüber, dass ihre Inhalte häufig nicht ausgespielt werden. Die Plattformen verhindern strukturell Zusammenschlüsse.

Wie revolutionär können Memes sein, wenn sie über Plattformen verbreitet werden, die der Marktlogik und undurchsichtigen Algorithmen unterliegen?

Memes sind da genauso begrenzt wie jede andere Form des Ausdrucks auch. Sie sind eine von vielen Möglichkeiten, sich auszudrücken und gesellschaftliche Verhältnisse zu kritisieren. Dadurch können sie ein erster Kontaktpunkt sein. Zusätzlich sind sie Entertainment. Dass etwas einfach nur lustig ist, kann in einer Welt, die politisch am Arsch ist, auch das Potenzial wecken, daran zu arbeiten, dass sie eine bessere wird. ★

Das Interview führte Emma Rotermund.



Caren Miesenberger.
Foto: Valerie Siba Rousparast

»In Frankreich keimt ein neuer Frühling. Und Mai steht erst vor der Tür!«

Die Proteste in Frankreich gegen Macrons »Rentenreform« sind so groß wie seit Jahrzehnten nicht. Die Gewerkschaften orientieren auf direkte Aktionen, und in den Städten entlädt sich die Wut auf den Straßen. Jetzt ist die Frage, ob all das reicht, um die Grundfesten des französischen Systems zu erschüttern.



Am 10. Januar stellte die französische Premierministerin Élisabeth Borne der Nationalversammlung die von Präsident Emmanuel Macron vorangetriebene »Rentenreform« vor. Diese sieht vor, das Renteneintrittsalter in Frankreich bis 2030 von 62 auf 64 Jahre anzuheben und die Beitragsjahre für eine vollständige Rente auf 43 festzuschreiben. Doch nachdem an sechs Streiktagen Millionen von Menschen gegen die Rentenreform auf die Straße gegangen sind, umschiffte die französische Regierung die Abstimmung in der Nationalversammlung mithilfe des Verfassungsartikels 49.3. Dieser sieht vor, dass ein Gesetz ohne Abstimmung im Parlament durchgesetzt werden kann, wenn die Regierung anschließende Misstrauensanträge übersteht. Die Reaktionen lassen nicht auf sich warten: Ausgehend vom Pariser *Place de la Concorde* breiten sich im ganzen Land spontane Demonstrationen aus wie ein Lauffeuer. Die französische Polizei reagiert vermehrt mit brutaler Repression.

Die Bewegung gegen die Rentenreform hatte bis Mitte März bereits Geschichte geschrieben: Knapp zwei Millionen Streikende und Demonstrierende hatten am Donnerstag, dem 19. Januar 2023, den Reigen der Proteste eröffnet. Das hatte es im Nachbarland seit 1995 nicht gegeben. Zwischen dem 19. Januar und dem 7. März rief ein gewerkschaftsübergreifendes Bündnis zu den insgesamt sechs Streiktagen auf. Die Teilnahme des größten französischen Gewerkschaftsbundes, der CFDT, stellte ein absolutes Novum dar.

Steigende Aktionsbereitschaft der Gewerkschaften

Neben den klassischen Demonstrationen durch die Boulevards der Innenstädte setzte die Gewerkschaft CGT von Beginn an auch auf direkte Aktionen, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen. So kündigte die CGT-Énergie bereits am 26. Januar in einer offiziellen Mitteilung an, zunehmend sogenannte »Robin-Hood-Aktionen für das Allgemeinwohl« durchführen zu wollen: Die Angestellten verstellten die Strom- und Gaszähler von Krankenhäusern, Vereinen und kleinen Bäckereien, um ihnen bei den exorbitant angestiegenen Energiekosten unter die Arme zu greifen. Seit dem 7. März verstärkt die Gewerkschaft gleichzeitig den Kampf in den Ölraffinerien und den Häfen: Die zwei größten Ölraffinerien des Landes von Gonfreville-l'Orcher und Donges stehen still, und die naheliegenden Häfen von Le Havre und Saint-Nazaire sind teilweise lahmgelegt.

Außerdem werden, ähnlich wie bei der Bewegung der Gelbwesten, tagsüber Autobahnen und Mautstationen blockiert. Abends werden die Zentren der Großstädte wie Paris, Lyon, Nantes und Bordeaux zum Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Tausenden Demonstrierenden und der Polizei. Symbolische Orte der Macht wie die Präfektur im 4. Arrondissement von Lyon werden gestürmt und in Brand gesetzt.

Die Rolle der Linken

Angesichts dieser brodelnden Lage versucht die (gesellschaftliche) Linke den Kampf auf drei Ebenen voranzubringen. Auf betrieblicher Ebene arbeitet das Pariser »Netzwerk für den Generalstreik« an der Koordinierung eines branchenübergreifenden unbefristeten Streiks. Die autonome Bewegung versucht in den Städten die Wut gegen eine als antidemokratisch empfundene Regierung in täglich stattfindenden Spontandemonstrationen zu kanalisieren. Nicht zuletzt fungiert die *Nupes*, eine linke Koalition unter Führung von Jean-Luc Mélenchon, als Sprachrohr der Straße und ihrer Militanz in der Nationalversammlung. Die Partie im Kampf gegen die ungerechte Rentenreform wird die Linke nur auf der Straße gewinnen können. Und zwar, wenn das wütende Herz der Spontandemonstrationen und das klare Bewusstsein eines Generalstreiks zusammenfinden. Vor 55 Jahren, im »Mai 68«, war genau das geschehen: Millionen von Menschen hatten sich mit den Streikenden und Studentenprotesten solidarisiert und Frankreich tiefgreifend verändert. Ein »neuer Mai 68« könnte auch heute die Grundfesten des politischen Systems der 5. Republik erschüttern. ★



Lukas Ferrari studiert Konferenzdolmetschen an der Uni Leipzig und hat schon mal gelbe Menschen mit Motorsägen auf den Pariser Champs Élysées gesehen.



75 Jahre Nakba: Erinnern heißt Kämpfen!

Auch dieses Jahr erinnern Palästinenser*innen an ihre Vertreibung. Die Geschichte dahinter reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück.

Am 15. Mai 2023 jährt sich die Nakba, zu Deutsch Katastrophe, zum 75. Mal. Gemeint ist die Vertreibung von über 750.000 Palästinenser*innen zwischen 1947 und 1949 im Zuge der Staatsgründung Israels durch Massaker, Vergewaltigungen und Plünderungen. Mehr als 11.000 Palästinenser*innen kamen ums Leben. Über 500 Städte, Dörfer und Stadtteile wurden zerstört. Insgesamt wurde etwa die Hälfte aller damals dort lebenden Palästinenser*innen vertrieben.

Die Verdrängung dauert bis heute an

Dieses kollektive Trauma hinterließ eine entwurzelte und in ihren Grundfesten erschütterte palästinensische Gesellschaft. Bis heute wird den Geflüchteten und ihren Familien das Recht auf Entschädigung und Rückkehr verwehrt.
Doch auch darüber hinaus ist die Nakba für die Palästinenser*innen kein abgeschlossener Prozess. An der fortlaufenden Verdrängung in Jerusalem und dem Westjordanland wird deutlich, dass die ethnische Säuberung Palästinas bis heute vom Staat Israel weitergeführt wird.
Mit der Nakba erreichte das den Palästinenser*innen angetane Unrecht neue Dimensionen, aber ihre Verdrängung begann schon früher. Denn das Ziel des Zionismus – der jüdischen National- und Kolonialbewegung – bestand darin, auf einem mehrheitlich nicht-jüdisch bevölkerten Gebiet einen mehrheitlich jüdisch bevölkerten Staat zu errichten. Diese Bewegung entstand als Reaktion auf europäischen Nationalismus und Antisemitismus. Gleichzeitig war sie ein Kind dieser Zeit und ihrer Ideen. Für die jüdische Einwanderung in Palästina wurde der Mythos etabliert, »ein Land ohne Volk einem Volk ohne Land« zu übergeben. Doch Palästina war zu diesem Zeitpunkt bereits eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Mittelmeerregion.

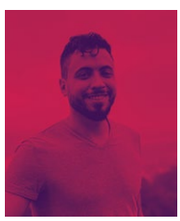
Der zionistischen Führung war die Notwendigkeit einer Verdrängung bewusst, wie beispielsweise aus Theodor Herzls Tagebuch hervorgeht (beispielsweise Tagebucheintrag 12. VI.). Als erster schriftlicher Beleg der Vertreibung gilt der israelischen Tageszeitung *Ha'aretz* zufolge (Nir Hasson, 4. November 2012) ein Klagebrief aus dem Jahr 1890, den ein Beduinenstamm im Gebiet des späteren Rehovot an den osmanischen Sultan verfasste.

Ein Nordirland am Mittelmeer

In der Balfour-Erklärung von 1917 befürwortete das britische Empire die »Etablierung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk« in Palästina, das im Ersten Weltkrieg unter britische Kontrolle geriet. Militärgouverneur Ronald Storrs beschrieb die zionistische Kolonisierung als Schaffung eines ergebenen »jüdischen Ulsters« in einer feindlichen Region – also eine britische Kolonie wie in Nordirland.
Die Entfernung der ansässigen Bewohner*innen erfolgte unter dem gezielten Ausschluss nichtjüdischer Menschen aus Produktion, Gewerkschaft, neuen Siedlungen und schließlich dem Land selbst. Die Vertreibung erfolgte zunächst durch den »Rückkauf« von Ländereien von Großgrundbesitzern, die oft selbst gar nicht in Palästina lebten. Dafür wurden besondere Organe gegründet, wie der Jüdische Nationalfonds oder die *American Zion Commonwealth*. Letztere erwarb 1921-22 die fruchtbare Jesreel-Ebene und entschied, dass die 8.000 palästinensischen Pächter*innen, die in 21 umliegenden Dörfern wohnten, gehen müssen. Diejenigen, die sich dagegen gewehrt haben, wurden von der britischen Kolonialpolizei vertrieben.

*»Noch bevor der erste Soldat aus arabischen Anrainerstaaten Palästina betrat, waren 300.000 Palästinenser*innen vertrieben.«*

In der Masseneinwanderung von jüdischen Menschen nach Palästina infolge des Holocaust sah die zionistische Führung eine Möglichkeit. Im Jahr 1947 beschlossen die Vereinten Nationen unter dem Eindruck der Nachkriegssituation die Teilung Palästinas. Der Großteil der Fläche wurde einem jüdischen Staat zugesprochen, dem nur eine Minderheit der Bevölkerung angehörte. Zionistische Milizen begannen, eine flächendeckende ethnische Säuberung umzusetzen und schlussendlich die Grenzen über die des Teilungsplanes hinaus auszudehnen: Die palästinensische Nakba hatte begonnen. Noch bevor der erste Soldat aus arabischen Anrainerstaaten Palästina betrat, waren knapp 300.000 Palästinenser*innen vertrieben worden. Der Krieg *nach* Beginn der lang geplanten ethnischen Säuberung wurde hinterher als vermeintlicher Auslöser für die Vertreibungen vorgeschoben.
Dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleibt wenig bekannt, wird teilweise gar geleugnet, weil es der israelischen, aber auch der deutschen Geschichtsschreibung und ihren Interessen bis heute widerstrebt. Im Jahr 2022 wurde sogar ein Nakba-Gedenkverbot in Berlin erlassen. Zum 75. Jahrestag gilt es, die Kriminalisierung des Erinnerns zu durchbrechen. Dazu ruft die Kampagne #Nakba75 auf und informiert auf der Website nakba-ban.org. ★



Ramsis Kilani war jahrelang aktives Mitglied von Die Linke.SDS. An viel von seinem Lehramtsstudium erinnert er sich heute nicht mehr, dafür kam das Kämpfen nie zu kurz.

Zeitenwende im Pazifik

In den letzten Jahren hat sich die Konfrontation zwischen den USA und China verschärft. Die Verlagerung von Militär in den Pazifik sowie mögliches TikTok-Verbot sprechen dafür. Zusätzlich gab es seit der Invasion der Ukraine durch Russland in ganz Europa eine Welle der Aufrüstung. Beides führt zu einer kritischen weltpolitischen Entwicklung.



Seit dem 24. Februar 2022 haben sich die sicherheitspolitischen Hardliner in der Debatte um Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik durchgesetzt. Deutschlands Militärausgaben, die siebtgrößten der Welt, gelten als »Unterfinanzierung« und Menschen, die sich von der Bundesregierung einen diplomatischen Einsatz für eine Waffenruhe in der Ukraine wünschen, werden als naiv und fünfte Kolonne Moskaus verunglimpft. Für diese neue Realität wird die Entspannungspolitik Willy Brandts als historischer Fehler getilgt. Gleichzeitig schwört sich die »Früher war ich Pazifist, aber«-Fraktion, welche ihren parteilichen Ausdruck bei den Grünen findet, mit SPD, FDP und CDU weiter ein. Ihnen geht es darum, Deutschlands militärische Rolle in der Welt neu zu verordnen. Neben dem historischen Aufrüstungsprogramm heißt »Zeitenwende« auch: Eingliederung in die amerikanische Konfrontationspolitik gegen den bösen (und »undemokratischen«) Rest der Welt. Eine gefährliche Richtungsentscheidung.

Mal wieder Mitläufer? Mit dem »großen Bruder« in eine neue Blockkonfrontation

Aus Sicht des deutschen und europäischen Militarismus hat sich am Krieg in der Ukraine ein offenes Geheimnis bewahrheitet: Die EU kann sich nicht verteidigen. Die vermeintlich eingeschränkte militärische Handlungsfähigkeit der EU an ihren Außengrenzen manifestiert zusätzlich ihre sicherheitspolitische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Der »große Bruder« ist zurück.

In Zeiten bröckelnder amerikanischer Welthegemonie und des Aufstiegs Chinas hat sich die US-amerikanische Schwerpunktsetzung, spätestens seit Trump, auf das »Reich der Mitte« konzentriert. So lässt sich eine zunehmende Konfrontation mit China seitens der USA feststellen. Auch viele EU-Staaten wie Deutschland haben sich dazu entschieden, diese Politik zu übernehmen. Nicht zuletzt werden der Indo-Pazifik und China zum ersten Mal in der neuen NATO-Strategie erwähnt.

Die große Problematik der westlichen Konfrontationspolitik besteht darin, dass es für den Westen unliebsame Regional- und Großmächte weiter zusammentreibt. Diese Festschreibung gegenseitiger Abhängigkeiten trägt zu einer Blockbildung bei. Das zeigt sich momentan am deutlichsten im Ausbau der strategisch-ökonomischen Partnerschaft zwischen Russland und China.

In den letzten Jahren hat sich die Rhetorik gegen die Volksrepublik im öffentlichen Diskurs, aber auch in der politischen Rhetorik stark verschärft. Annalena Baerbock spricht mit Blick auf China von einem Kampf der Systeme. Die zugespitzte Dämonisierung Chinas ist ebenso Teil des bedingungslosen Einreihens Deutschlands und der EU hinter den Konfrontationskurs der USA. Es geht dabei nicht um die Verteidigung von Freiheit oder Menschenrechten, wie es gerne betont wird. Es geht darum, die westliche und vor allem amerikanische Vormachtstellung in der Welt aufrechtzuerhalten. Es bleibt beim Alten: Internationale Politik ist gekennzeichnet von Machtpolitik und den Kampf um Einflusszonen.

Deutschland muss aus der Logik des Krieges ausbrechen

Deutschland und seine EU-Partner müssen die Konfrontation der USA ablehnen und einen deeskalierenden auf Dialog ausgerichteten Mittelweg einschlagen. Nur dadurch kann man der laufenden Blockbildung entgegenwirken. Das ist nicht nur die historische Verantwortung und Lehre aus dem Kalten Krieg, vielmehr ist es in Zeiten atomarer sowie konventioneller Hochrüstung und wiederkehrender Blockbildung unverantwortlich, diese Eskalation mit anzufeuern. Das bedeutet: Aus der Logik des Krieges auszubrechen. Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung wären dafür ein Anfang. Außerdem muss der Begriff der Sicherheit nicht mehr rein militärisch gedacht werden. Im Anblick der Klimakatastrophe führt kein Weg an internationaler Zusammenarbeit vorbei. Dafür muss der Westen auf seinen Hegemonieanspruch verzichten und sich auf den Aufbau einer multipolaren Welt einlassen. Ganz nach dem Motto: Ein Tisch steht besser auf vier Beinen als auf einem. ★



Paul Fürst (24) studiert in Berlin, ist Schatzmeister des SDS und setzt sich (spätestens seit dem, er aufgehört hat, World of Tanks zu spielen) für Abrüstung ein.



Foto: by Lawrence Hookham on Unsplash

Ein unglücklicher Versprecher

Seit der Invasion Russlands in die Ukraine wird auch außerhalb des Kriegsgebietes rhetorisch aufgerüstet. Positionen werden verzerrt und verkürzt. Ein Kommentar.

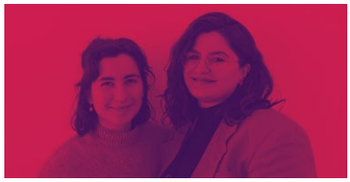
Das Internet tobte, nachdem Annalena Baerbock bei einer Rede im Europaparlament proklamierte: »We are fighting a war against Russia«, und dabei der Atommacht Russland mal eben den Krieg erklärte. Leitmedien und Pressesprecher*innen der Regierung bagatellisieren die Aussage als Versprecher; wie sehr Deutschland tatsächlich in dem Krieg involviert ist, wird nicht ausgesprochen. Zu dem Zeitpunkt konnte noch niemand ahnen, dass in den nächsten Tagen die Lieferung der Leopard-2-Panzer angekündigt würde. Damit wurde die Sorge, der deutsche Staat könnte zur Kriegspartei werden, ein Stück weit bestätigt. Laut dem herrschenden Narrativ hatte die bisherige Friedensordnung bis zum 24. Februar 2022 Bestand. Teil davon bildeten vermeintliche Friedensmissionen zur Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie. Waffengewalt war in den neuen Kriegen, die nicht immer als Kriege bezeichnet werden durften, eine leidige Begleiterscheinung, ebenso das Sterben von Zivilist*innen, zynisch betrauert als Kollateralschäden. Heute habe Putin den Krieg zurück in die Welt gebracht. Und der ganze Apparat ist wie auf Abruf bereit: Olaf Scholz läutete sogleich die *Zeitenwende* ein, Chefredakteure geben sich wie Waffennarren, Bundeswehrsoldaten sitzen in wöchentlichen Talkshows, Rüstungslobbyisten drängen die Regierung offen zu weiteren Waffenlieferungen. Der Krieg ist da, und wir machen mit.

Missbrauch historischer Verantwortungen

Der Kriegstaumel der Herrschenden muss aber auch der breiten Bevölkerung schmackhaft gemacht werden. Der gerechte Krieg braucht einen neuen Anstrich. Ziel ist, davon zu überzeugen, dass an der Front in der Ukraine Menschen für die europäischen Werte sterben und gegen den russischen Diktator Putin kämpfen. Die Beteiligung am Krieg knüpft an ein Narrativ an, welches die historische Verantwortung Deutschlands, nie wieder Krieg zu führen, missbraucht. So erklärte Joschka Fischer 1999 basierend auf Lügen die Bombardierung Serbiens zur antifaschistischen Pflicht. Stoisch wird auch heute das Narrativ der Herrschenden von den Leitmedien gepredigt. Die Ukraine führe einen Verteidigungskrieg, wir – wahlweise Deutschland, Europa oder die NATO – stünden geschlossen hinter ihr. Waffen und Panzer, so der Westen, retteten ukrainische Leben und würden den Ukrainer*innen zum Sieg verhelfen. Bei aller Unterstützung wolle man dabei aber nicht als Kriegspartei erkannt werden.
Dass bei der geltenden Sprachregelung auch mal jemand aus der Reihe tanzt, lässt sich wohl kaum vermeiden. Der Verteidigungsminister Boris Pistorius wurde direkt gescholten, nachdem er verkündete, Deutschland sei indirekt am Krieg beteiligt. Nachdem alle roten Haltelinien der Scholzschen SPD gefallen sind, kippt der vorher zögerliche Kanzler immer weiter hin zur klaren Eskalation des Krieges. Jede Entscheidung wurde dabei von den Medien begrüßt oder zumindest abgenickt. Bei jedem Übertritt weiterer roter Haltelinien stehen Militärexpert*innen – wie Carlo Masala – bereit, um diese als Notwendigkeit zu präsentieren, und Völkerrechtsexpert*innen, um mit entsprechenden Auslegungen Bedenken vom Tisch zu kehren.

»Die Beteiligung am Krieg missbraucht das historische Narrativ, dass Deutschland nie wieder Krieg führen dürfte.«

Während neue Entwicklungen herausgelöst aus dem Gesamtzusammenhang von Expert*innen gerechtfertigt und verbogen werden, bleibt bei der Frage der Kriegsbeteiligung völlig verkannt, dass diese nicht nur an den Waffenlieferungen festzumachen ist. Es wird darüber geschwiegen, dass die Ausbildung ukrainischer Soldat*innen völkerrechtlich schon ein Kriegseintritt ist. Ebenso wenig wird thematisiert, dass nicht die ganze Welt geschlossen hinter der Beteiligung des Westens am Ukraine-Krieg steht. Insbesondere der globale Süden sieht die Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen gegen Russland kritisch.
Positionelle Abweichungen bleiben im medialen Diskurs entweder unterbelichtet, werden relativiert oder gezielt delegitimiert. Jeder, der sich nicht klar für eine militärische Beteiligung am Krieg und für die Sanktionen ausspricht oder gar eine diplomatische Lösung fordert, möchte die Ukraine ihrem Schicksal überlassen. Der neue Anstrich bröckelt – Annalena Baerbocks Freudscher Versprecher hat verbalisiert, was die Realität uns offen entgegenschreit: Deutschland befindet sich wieder in einem Stellvertreterkrieg – dieses Mal mit einer Atommacht. ★



Ari und **Hana**, stolze Langzeit-Studentinnen aus Frankfurt am Main, schauen sich jeden Tag im Spiegel an und sagen: "Das ist ein mörderisches, kapitalistisches Weltsystem".



Künstlerische Intelligenz

ChatGPT ist in aller Munde und auch Bild-generierende KI dominiert seit einiger Zeit die Medien. Ein einfacher Spaß, mit dem man sich viel Arbeit ersparen kann oder Ausnutzung »kostenloser« Daten?

»Lass dir doch von ChatGPT bei deiner Hausarbeit helfen…« Diesen oder ähnliche Vorschläge haben wahrscheinlich viele Studis in den letzten Wochen gehört. Sogenannte *generierende KI-Systeme* haben einen neuen Hype rund um KI ausgelöst, und nach meiner ersten Benutzung von *ChatGPT* (Generative Pre-trained Transformer) war ich ziemlich beeindruckt. Doch was steckt eigentlich hinter der Aufregung?

Das Funktionsprinzip der generierenden KI ist recht simpel. Man gibt einen *prompt*, also einen Aufforderungstext, ein – und je nachdem welches Programm man benutzt, wird anschließend eine Textantwort, ein Bild, oder sogar einige Zeilen Code ausgegeben. Eigentlich ziemlich cool, denn auf einmal können Menschen ohne Vorkenntnisse Computerprogramme entwerfen, journalistische Texte schreiben oder auch Bilder entstehen lassen.

Ökonomische KI-Kritik statt philosophischer Fragen

Dall-E, *Midjourney*, oder *Stable Diffusion* sind die gängigen Bild-generierenden KI-Programme. Anstatt diese anhand tiefgehender, philosophischer Fragen wie »ist der Output dieser Bildgeneratoren wirklich Kunst?« oder »was ist überhaupt Kreativität?« näher zu beleuchten, wird hier ein Blick auf die ökonomische Kritik an generierender KI, ihre Funktionsweise und ihre Auswirkungen auf die Arbeit in der Kunstbranche geworfen.

Man kann beispielsweise argumentieren, dass mit *ChatGPT* der Zugang zu Bildung geöffnet oder mithilfe von Bildgeneratoren die Kunstbranche erschlossen werden kann. Schließlich kann plötzlich jede Person mithilfe von *Midjourney* Bilder ein Vielfaches schneller erstellen als jemand, der erst einmal lernen müsste, mit Pinsel, Farben, oder digitalen Zeichenprogrammen umzugehen. Der Code des Bildgenerators *Stable Diffusion* der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München wurde sogar öffentlich zugänglich gemacht. Damit sind die »Künstler*innen«, die sich dies zu Nutze machen, völlig losgelöst von kostenpflichtigen Programmen anderer Anbieter. Ebenso verschwindet die Notwendigkeit einer exklusiven künstlerischen Ausbildung, solange man einen leistungsfähigen Rechner besitzt, der einem die angefragten Bilder ausspuckt.

Je mehr Input, desto besser

Aber der Schein trügt. Um zu verstehen, warum das so ist, müssen wir uns fragen, wie diese Programme eigentlich funktionieren. Der Großteil der modernen KI-Systeme, und damit auch generierende KI, benötigen eine riesige Datenmenge, auf der sie trainiert werden, um ein »neues« Bild ausspucken zu können. Bei den Trainingsdaten für Bildgeneratoren handelt es sich um mit Beschreibungstext versehene Bilder. Dabei lautet die Devise: Je mehr Input, desto besser. Nicht umsonst lautet ein bekanntes KI-Paradigma: »There is no data like more data«. Die Systeme erkennen Muster in diesen Daten und generieren auf dem Eingabetext basierend eine Bilddatei. Dabei wird nichts neues erstellt, sondern aus den bekannten Trainingsdaten ein passender Mittelwert berechnet. Die Frage, ob das noch Kunst ist, stellt sich nun eigentlich gar nicht mehr, dafür jedoch die viel Drängendere: Wo kommen diese Daten eigentlich her?

Blanker Hohn für die beklauten Künstler*innen

In letzter Zeit wurden immer mehr Stimmen von Künstler*innen laut, die ihre Kunstwerke im Trainingsset von *Stable Diffusion* gefunden haben, ohne dafür gefragt, geschweige denn entschädigt worden zu sein. Die Entwickler*innen der KI eignen sich also unrechtmäßig die Arbeit der Künstler*innen an, ohne dass diese in irgendeiner Art selbst von der Technologie profitieren können. Mittlerweile wurde in England aufgrund der Verstöße gegen das Urheberrecht sogar ein Gerichtsverfahren gegen *Stability AI*, der Firma hinter *Stable Diffusion*, angestoßen. Teilweise sind sogar die Signaturen der einzelnen Künstler*innen in der »neuen KI-Kunst« erkennbar – blanker Hohn für die beklauten Urheber*innen und ihre künstlerischen Werke.

Doch selbst bei einer Einwilligung aller Künstler*innen zur Nutzung ihrer Werke, würde ein Problem bestehen bleiben. Die entwickelten Algorithmen sind in unserer Gesellschaft verankert und dienen in unserem kapitalistischen System somit primär der Gewinnmaximierung der Konzerne und damit der Ausbeutung von Arbeiter*innen. Unternehmen wie *Disney* oder *Netflix* könnten die Technologie in Zukunft nutzen, um nur noch einige wenige Menschen zu bezahlen, die die Arbeit vieler Künstler*innen ersetzen. Hier wird also trotz öffentlich zugänglichem Code nicht die Kunstbranche im Interesse aller revolutioniert, sondern, wie auch sonst, Arbeit ganz im Interesse des Kapitals automatisiert.

Vor allem Einstiegsjobs sind gefährdet

Die Technologie wird, in den Händen des Kapitals, eher dazu verwendet werden, Löhne zu drücken, Jobs

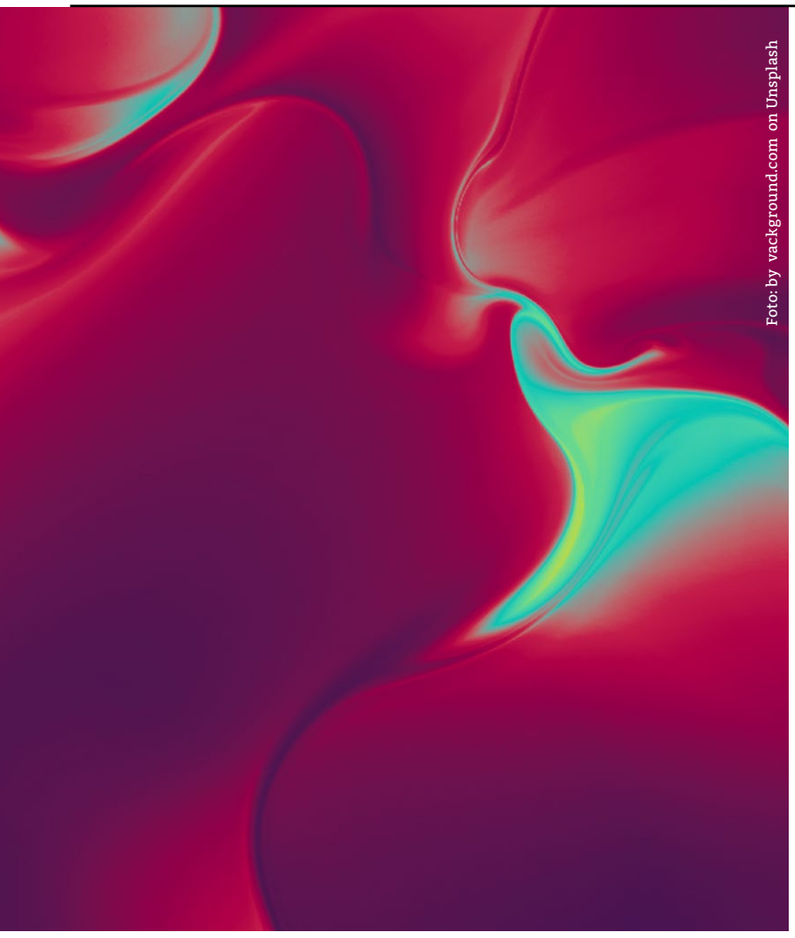


Foto: by vackground.com on Unsplash

wegfallen zu lassen und damit eine ganze Branche weiter in die Armut zu treiben. Dadurch sind insbesondere Einstiegsjobs gefährdet, und junge Zeichner*innen oder Illustrator*innen äußern sich sehr besorgt über die zukünftige Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Die angehenden Künstler*innen laufen Gefahr, einer völlig anderen Lohnarbeit nachgehen zu müssen und neben alltäglichen Notwendigkeiten ihre Kreativität nur noch als Hobby ausleben zu können.

Per se ist Automatisierung erstmal nichts Schlechtes. Sie hat die Möglichkeit den Menschen von lästiger Arbeit zu befreien und die Gesamtarbeitszeit zu reduzieren. So hätten wir alle mehr Zeit, soziale Kontakte zu pflegen und unseren Hobbys nachzugehen. In den Händen des Kapitals wird sie allerdings zum Mittel der Gewinnmaximierung und Ausbeutung. Künstler*innen werden also erst ihres intellektuellen Eigentums und dann ihres Lohns beraubt.

*»In den Händen des Kapitals wird KI zum Mittel der Ausbeutung. Künstler*innen werden erst ihres intellektuellen Eigentums und dann ihres Lohns beraubt.«*

Da sich die Umstände der KI-Nutzung voraussichtlich nicht grundlegend ändern werden, ohne dass der Kapitalismus in sich zusammenbricht (siehe auch Seite 6), ist es notwendig, dass sich Künstler*innen im Angesicht der letzten Entwicklungen zusammentun und organisieren. In eigenen Künstler*innen-Gewerkschaften könnte Bild-generierende KI als Quelle der Inspiration dienen und zum Wohle derjenigen eingesetzt werden, ohne deren Arbeit die Algorithmen nicht funktionieren. Automatisierung und Arbeitsreduktion können in einem anderen System zum guten Leben für alle führen, doch nicht solang Konzerne sich die Kunst, und somit die Produkte unserer Arbeit aneignen. ★



Marte Henningsen studiert im Master Kognitionswissenschaften in Osnabrück und beschäftigt sich mit der Rolle von Künstlicher Intelligenz im Kapitalismus.

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN



Mach mit beim SDS!

Die Linke.SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Diese wird immer ungerechter und die Klimakrise bedroht uns mittlerweile auch in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Die Inflation hat die soziale Lage von Studierenden verschärft und treibt immer mehr von uns an die Armutsgrenze. Politiker*innen geben uns Energiespartipps, gleichzeitig machen sich die Konzerne ihre Taschen mit Profiten voll. Während wir mit Arbeitnehmer*innen für höhere Löhne streiken, fordern Arbeitgeber*innen die Beschränkung dieses Grundrechtes. Und als gäbe es keine drängenderen Probleme, macht die Bundesregierung mal eben 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung locker, während uns erzählt wird, für Bildung, Verkehrswende und Soziales sei kein Geld da.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen und entwickeln Ideen für eine bessere Zukunft. Die Veränderung muss im Hier und Jetzt beginnen – wir brauchen einen System Change, um ein ökologisches und soziales Desaster zu verhindern. Darum organisieren wir Aktionen und Proteste, unterstützen Streiks und Arbeitskämpfe, bilden und vernetzen uns.

Eine solidarische Gesellschaft können wir nur gemeinsam erkämpfen. Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen, in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne*n. Schau' gerne auf unserer Homepage vorbei, folg' uns auf Social Media, komm' zu einem der Plena unserer Lokalgruppen und mach mit. Wir freuen uns auf Dich!

INSTAGRAM:
@dielinke.sds
@critica.zeitung

TWITTER:
@linkesds
@critica_zeitung

WEBSITE:
www.linke-sds.org
www.critica-zeitung.de

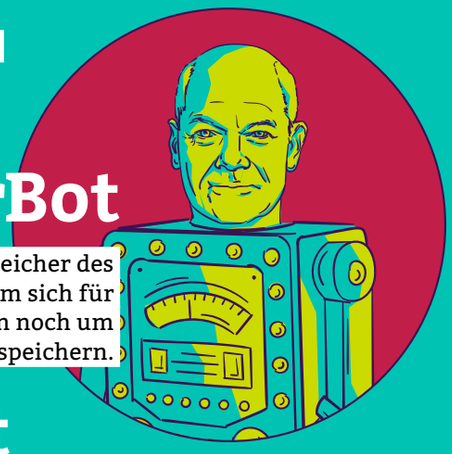
SO ERREICHST DU UNS:
INFO@LINKE-SDS.ORG
030/24009134

Diese Roboter werden dein Leben zerstören ...



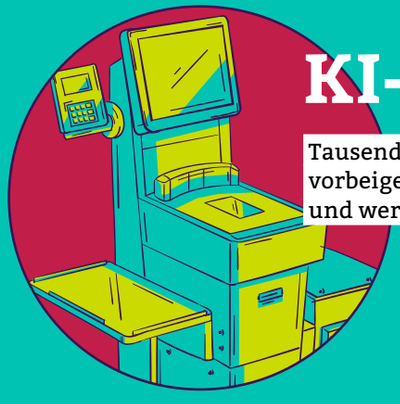
Robocop

Tasert dich, weil du 10 cm neben dem Zebrastreifen über die Straße gegangen bist und wirkt dennoch menschlicher als je zuvor.



ChancellorBot

Leider reicht der geringe Arbeitsspeicher des ChancellorBots weder aus um sich für eine soziale Politik einzusetzen noch um Details bezüglich der CumEx Affäre abzuspeichern.



KI-Kassenautomat

Tausende Artikel, die du an der SB-Kasse vorbeigeschmuggelt hast, wurden heimlich aufgezeichnet und werden dir vom BAföG abgezogen.

Killerdrohne

Bombt deine Familienfeier in Pakistan, weil dein Onkel den gleichen Namen hat wie ein Taliban-Aktiver.



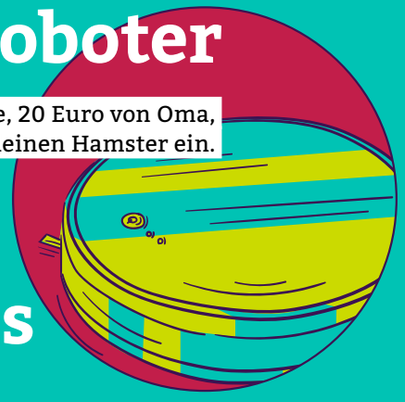
Text-Bot

Schreibt deine Master-Arbeit mit Auszeichnung und übernimmt deine Promotionsstelle.



Staubsaugerroboter

Saugt konsequent eine Socke, 20 Euro von Oma, dein Abschlusszeugnis und deinen Hamster ein.





TikTok-Algorithmus

Du weißt schon genau wie.

ISSN 2751-9902